



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/51 - 3.3.54

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039,890

Was wird der Kanzler mit Bidault besprechen ?	S. 1
Englands Militärbudget	S. 3
Arbeitsrechtliche Forderungen	S. 5
Birkelbach erklärt	S. 6

Wenn Herr Blankenhorn reist

(sp) Wenn Botschafter Blankenhorn geheimnisumwittert auf europäische oder überseeische Touren geht, dann kommt bald wieder Bewegung in die Politik. Meist nicht nach der positiven Seite hin.

Jetzt also ist der Botschafter in Paris gewesen, und die amtlichen Informationsstellen sind sich bis zur Stunde noch nicht darüber einig, ob Blankenhorn direkt den Brief des Kanzlers an Außenminister Bidault überbracht hat, in dem Dr. Adenauer eine Wiederaufnahme der Saargespräche wünscht, oder nur die Reaktion des französischen Außenministeriums auf den bereits vorher abgeschickten Brief erkunden sollte. Aber wie dem auch sei, feststeht, daß der Bundeskanzler wünscht, in der kommenden Woche mit Außenminister Bidault in Paris zusammenzutreffen, bevor er nach Athen weiterreist.

Thema der Verhandlungen soll die Wiederaufnahme der Saargespräche oder, wie es in anderer amtlicher Version heißt, alle die Bundesrepublik und Frankreich direkt betreffenden Fragen sein.

Die letzte Auslegung dürfte die wahrscheinlichere sein, denn es läßt sich schlecht plausibel machen, daß die Saarfrage in einem Zwischenlandungs-Gespräch mit mehr Aussicht auf Erfolg behandelt werden könnte, als es in jahrelangen Verhandlungen

bereits geschon ist. Gegenstand der kurzen Zusammenkunft, falls sie überhaupt zustandekommt, dürfte darum etwas anderes sein. Nämlich: die französische Haltung zu den vom Bundestag mit Mehrheit beschlossenen Grundgesetz-Ergänzungen, Erläuterungen oder authentischen Interpretationen, wie man will.

Die französische Haltung in dieser Frage hat offenbar, obwohl man in einigen Zeitungen immer wieder beruhigend darauf hinweist, daß von seiten der alliierten Hohen Kommissionen kein Einspruch zu erwarten sei, das Bundeskanzleramt alarmiert. Und in der Tat, es wäre eine totale Blamage für Dr. Adenauer, wenn nach dem 19. März, wenn auch die Mehrheit des Bundesrates sich als gefügig erweisen sollte, ein Einspruch des französischen Hohen Kommissars die eracute Vorleistungspolitik des Bundeskanzlers desavouieren würde.

Und darum reist der Kanzler nach Paris, um mit Monsieur Bidault diese Fragen zu besprechen. Wir können natürlich nicht wissen, was Dr. Adenauer im einzelnen für Pläne hat, da die Zusammenarbeit in außenpolitischen Fragen zwischen Regierung und Opposition in der Bundesrepublik grundsätzlich erst immer dann erfolgen soll, wenn die Regierung vollendet Tatsachen geschaffen hat. Offensichtlich aber wird der Bundeskanzler versuchen, Bidault zu bewegen, französische Bedenken zurückzustellen oder zumindest eine Lösung zu erwägen, die die Grundgesetzänderung zwar auch weiterhin auf Eis legt, bis alle Parlamente die EVG ratifiziert haben, aber in den Augen der Öffentlichkeit es so erscheinen läßt, als wenn der Bundeskanzler mit seinem Drängen recht behalten hat.

Wer kann wissen, ob in diesem Zusammenhang denn allerdings nicht auch die Saarfrage eine Rolle spielt? Denn den Franzosen ist das Gebot vom Geben und Nehmen in der Politik geläufiger als dem Bundeskanzler. Wir wissen nicht, ob Dr. Adenauer in dieser Hinsicht neue "Angebote" zu unterbreiten hat, aber wir möchten auf jeden Fall davor warnen, die deutschen Rechte an der Saar in irgend einem Zusammenhang als Tauschgeschäft für die Verhinderung eines französischen Einspruches gegen die Grundgesetzergänzung zu betrachten. Dr. Adenauer ist in dieser Frage schon so weit gegangen, daß man von einer Ausverkaufspolitik sprechen kann. Sollte er sich bestätigen, daß er in diesem Zusammenhang neue "Angebote" zu machen hat, dann könnte, um in diesem kaufmännischen Vergleich zu bleiben, nur noch von einem totalen Räumungsverkauf die Rede sein. Gerade aber das ist es, was der deutschen Politik schlecht ansteht und dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit und den Deutschen an der Saar im besonderen schaden könnte.

Das britische Verteidigungsprogramm

F.S.-London, Anfang März

Nachdem die chinesischen Streitkräfte in den koreanischen Krieg eingriffen, brachte die Labour-Regierung im Februar 1951 ein Verteidigungsbudget ein, das für drei Jahre berechnet war und einen Betrag von 4.700 Millionen Pfund erforderlich machte. Schon einige Monate früher wurde die Dienstzeit der Truppe von 18 Monaten auf zwei Jahre verlängert. Diese Maßnahmen, deren Zeitspanne vor ein paar Wochen ablief, und die seinerzeit erheblich zum Rücktritt der Labour-Regierung beitrugen, wurden in der Annahme getroffen, daß ein baldiger Übergang vom Kalten zum Heißen Krieg unvermeidlich sei. Das Jahr 1954 sollte das Jahr der Entscheidung sein. Heute sagt die konservative Regierung in ihrer Vorlage:

"Vorausgesetzt, daß die Vorbereitung unserer Verteidigung beibehalten und unsere Diplomatie mit Geduld und Entschlossenheit geführt wird, ist die Regierung der Auffassung, daß eine lange Fortsetzung der gegenwärtigen Periode des Kalten Krieges wahrscheinlicher ist als der Ausbruch eines größeren Krieges in einem bestimmten Zeitpunkt".

Ebenso wie die Vereinigten Staaten hat sich nunmehr auch Großbritannien zu einer Verteidigungspolitik bekannt, die weniger für den Augenblick als auf lange Sicht bestimmt ist. Die Entwicklung der Atomwaffe, Ausnutzung der Atomkraft, neue Bombertypen und Geschosse machen eine neue Strategie der Kriegsplanung erforderlich. Während aber die USA bereits 1953 mit 50,3 Milliarden Dollar den höchsten Budgetstand erreichte, für das kommende Finanzjahr aber "lediglich" 44,9 Milliarden veranschlagte, bewilligte das Unterhaus gegen die Opposition der Labour Fraktion mit rund 1.640 Millionen Pfund den höchsten Verteidigungsetat seit Beendigung des Krieges, der um 3 Millionen Pfund höher ist als für das ablaufende Finanzjahr und etwa elf Prozent des nationalen Einkommens ausmacht. Während Attlee im Jahre 1951 einen Aufrüstungsplan für eine beschränkte Zeit vorlegte, deutet die jetzige Regierungsvorlage an, daß die diesjährigen Ausgaben nur als eine Teilzahlung für eine Verteidigungspolitik gedacht sind, die zeitlich unbeschränkt ist.

561 Millionen Pfund werden der Armee, 537 Millionen der Luftwaffe, 367 Millionen der Flotte und 151 Millionen den technischen

Versorgungsministerium zur Verfügung gestellt, das die wissenschaftlichen Versuche und die praktische Entwicklung der Atomwaffe finanziert. In der Regierungsvorlage wird erklärt, daß es einiger Jahre bedarf, um die Streitkräfte mit neuen und modernen Waffenmaterialien auszurüsten; aber Atomwaffen werden in diesem Lande bereits produziert und ihre Auslieferung an die Armee hat begonnen. Besondere Wichtigkeit wird dem Ausbau der Flugwaffe beigemessen, die durch mittlere und schnelle Bombertypen ergänzt und in eine strategisch arbeitende Luftmacht umgewandelt wird. Diese Bombertypen der Valiant-Klasse sind so ausgerüstet, daß sie mit Leichtigkeit eine Flugstrecke befliegen können, die vom englischen Flughafen bis zum Ural-Gebiet und zurück reicht; der Radius der etwas langsameren Vulcan- und Victor-Klasse reicht noch weiter.

Würde sich die Regierung lediglich auf die Entwicklung neuer Waffen beschränken, die erst in drei oder vier Jahren verwendungsfähig sein sollen, müßte ein gefährliches Vakuum eintreten. Deshalb enthält der Verteidigungsplan der Regierung nicht nur eine Ausrichtung auf den Atom-Krieg, sondern auch auf die kurzfristigen Verpflichtungen in Überscegebieten, die eine Modernisierung des schon vorhandenen Waffenmaterials erfordern.

Die Mannschaftsstärke beträgt am 1. April 1954 in den drei Einheiten etwa 255000 und ein Jahr später rund 344000. Der Landstreitkraft gehören 225000 Mannschaften an, die in der zweijährigen Ausbildungszeit begriffen sind, zu denen 220000 Berufssoldaten hinzukommen. Diese Truppe bildet etwa 11 Divisionen, von denen sich 4 in Deutschland und 5 in Übersee befinden, die, nachdem die Auseinandersetzungen in Korea aufhörten, für Polizeimaßnahmen in Unruhegebieten des Commonwealth verwendet werden. Nur etwa 145000 aktive Angehörige der Armee verbleiben in England, das sich bei Ausbruch eines Krieges ohne neuenswerte strategische Reserve befinden würde. Schon für die augenblicklichen Verpflichtungen, die Großbritannien auf militärischem Gebiet zu leisten hat, reichen die Landstreitkräfte nur notdürftig aus, selbst wenn die 70000 Mann starke Truppe Ägypten verlassen würde. Es ist daher kein Wunder, daß die leitenden Militärs auf den Tag warten, der zum mindesten die teilweise Zurückziehung englischer Truppen aus Deutschland ermöglicht.

+ + +

Mehr Mut zum Fordern und Bekennen!

Man schreibt uns:

"Die wahre Tragödie der Arbeiterklasse ist ihre Armut an Wünschen!" Dieses Wort von Robert Burns bezog sich auf die Arbeiterklasse im weitesten Sinne des Wortes, d.h. auf alle, die nicht andere für sich arbeiten lassen können, sondern selbst arbeiten müssen, um leben zu können. Der Satz gilt auch für gemeinsame und nicht nur für individuelle Wünsche.

Wer heute den Achtstundentag fordert, kommt leicht in den Verdacht, "nicht alle Tassen im Schrank zu haben". Und trotzdem: Der Achtstundentag ist für die meisten Arbeitnehmer noch nicht verwirklicht! Noch nicht einmal die 48-Stundenwoche hat sich überall durchgesetzt. Das Krankenpflegepersonal, die hauswirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Arbeitskräfte haben ganz offiziell noch eine 60-stündige Arbeitszeit. Damit der Samstag ganz oder teilweise frei bleibt, müssen fast alle Arbeitnehmer an den anderen Tagen neun bis zehn Stunden arbeiten, sonst kommen sie nicht auf die 48 Stunden in der Woche; das ist dann nach der Arbeitszeiterdnung "eine andere Verteilung der Arbeitszeit". Schon vor der Jahrhundertwende wurde durch wissenschaftliche Untersuchungen nachgewiesen, daß die Leistungen nach acht Stunden ständig abnehmen und die körperlichen Abnutzungserscheinungen rapid zunehmen. Besonders um der verkürzten Arbeitszeit am Samstag willen ist diese Tatsache immer wieder ignoriert worden. Es wäre jetzt höchste Zeit, den Achtstundentag zu verwirklichen und damit die wöchentliche Arbeitszeit auf höchstens 44 Stunden zu begrenzen. Die nächsten Etappen müßten die 40- und die 35-Stundenwoche sein. Sicher wird die letzte Forderung bei den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht so schnell allgemein durchgesetzt werden können, aber sie muß als Fernziel im Auge behalten werden. Die technischen Fortschritte würden diese Regelung ohnedies längst erlauben.

Die Beamten erhalten bekanntlich nach Erreichung der Altersgrenze oder der Arbeitsunfähigkeit bis zu 75 Prozent der ruhegehaltsefähigen Dienstbezüge als Pension. Die Arbeiter und Angestellten

bekommen ungefähr 35 Prozent. Soll diese unterschiedliche Behandlung ewig bestehen? Erfreulicherweise gibt es schon manche Betriebe, die ihren alten Arbeitnehmern Zuschüsse gewähren, die mit der Sozialversicherungsrente zusammen bis zur prozentualen Höhe der Beartenspension heranreichen. Ist das nicht der beste Beweis dafür, daß es möglich ist, auch die Arbeitnehmer für ihre alten Tage wesentlich besser zu stellen? Es muß erreicht werden, daß die Leistungen der Sozialversicherung zusammen mit den Leistungen der Unternehmer und des Staates allmählich so verbessert werden, daß für vergleichbare Arbeitsleistungen auch die gleiche Altersversorgung garantiert ist.

Millionen von Kleinen und mittleren Einzelhändlern sowie Einzelhandels-Angestellten führen seit Jahren einen nahezu aussichtslosen Kampf um ein freies Wochenende. Die Angestellten, die sechs Tage in schlecht gelüfteten, oft überfüllten Kaufhäusern bei Kunstlicht von früh bis abends zubringen müssen, leisten schwere Arbeit. Das wird oft überschätzt. Diese Menschen haben mindestens ebenso viel Recht auf Erholung, wie alle anderen Unternehmer und Arbeitnehmer. Bei gutem Willen läßt sich eine Lösung finden, die auch die Interessen der Verbraucher ausreichend berücksichtigt!

+ + +

Eine "Beschwerde" aus Saarbrücken

Zu den Presseverlautbarungen über eine angebliche Beschwerde der Regierung des Saargebietes bei der Hohen Behörde der Montan-Union, wonach der SPD-Abgeordnete der gemeinsamen Versammlung, Birkelbach, einer rein technischen Studienkommission eine politische Note gegeben habe, erklärt der Abgeordnete Birkelbach:

1. Die politische Note ergab sich im Gegenteil aus dem Verhalten der Regierung des Saargebietes, wenn sie meine Nichtteilnahme an einem von ihr gebotenen Mittagessen beanstandet. Die Regierung Hoffmann ist kein Partner der Montan-Union. Sie mußte sich von vornherein darüber klar sein, daß ein Abgeordneter der SPD mit ihr keine privaten Beziehungen zu unterhalten wünscht.

An allen Beratungen der Studienkommission, die sich mit sachlichen Fragen befaßten und zu denen sich auch die Sachverständigen der Saarregierung äußerten, habe ich selbstverständlich teilgenommen.

2. Auch während des Aufenthaltes in den übrigen Ländern bestanden zahlreiche Gelegenheiten für die Abgeordneten zu offiziellen Gesprächen mit Vertretern bestimmter Gruppen der jeweiligen Bevölkerung. Wieso könnte mir daher im Saargebiet die Fühlungnahme mit Vertretern der deutschen Opposition verwehrt werden, zumal selbst im Bericht des Holländers van der Gees van Naters an den Europarat ausdrücklich erwähnt wird, daß die mangelhafte Vertretung der Interessen der Saarbevölkerung in Fragen der Investitionspolitik im Saargebiet auf Kritik gestoßen ist? Diese Tatsache kennzeichnet den Wert jener Verlautbarung der Regierung des Saargebietes, wonach im Gespräch mit mir die Auffassung vertreten worden sei, jede Zuteilung von Krediten sei abzulehnen.
3. Die Beschwerde der Saarregierung wirft die Grundsatzfrage auf, wie die zuverlässige Unterrichtung der Ausschüsse der gemeinsamen Versammlung sichergestellt werden soll, wenn den Abgeordneten das Recht auf freien Zugang zu den Informationsquellen bestritten wird.

Willi Birkelbach

+ + +